Kurzanalyse Referenden im Osten der Ukraine und Mobilmachung in Russland

Morgen Dienstag geht die Frist für die Volksabstimmung über den Beitritt der vier Oblaste Donetsk, Kherson, Zaporozhie/Zaporizhiia und Lugansk zur Russischen Föderation zu Ende. Für eine Annahme der Vorlage brauchen die lokalen Machthaber wohl nicht einmal in die Trickkiste zu greifen: Groß dürfte die Angst in den betroffenen Gebieten vor einem ukrainischen Strafgericht sein, sollten diese wieder unter ukrainische Kontrolle kommen. Berichte über ukrainische Gräuel in Izium, Balakliia und anderen Orten werden ihren Weg in westliche Medien nicht finden, wohl aber in russische.

Nach Auszählung der Stimmen werden die Regierungen dieser Oblaste ein formelles Beitrittsgesuch an die russische Regierung stellen. Die Behandlung der Gesuche in den beiden Kammern des russischen Parlaments und die Unterzeichnung eines entsprechenden Gesetzes durch den russischen Präsidenten werden einige Tage in Anspruch nehmen. Der Beitritt könnte folglich innerhalb einer Woche vollzogen werden. Mit diesem Szenario wird sich der ukrainische Präsident Wladimir Selenski natürlich keinesfalls abfinden. Seine Person wird in den nächsten Wochen möglicherweise zu einem Ziel russischer Kriegführung werden.

Nach Vollzug des Beitritts der vier Oblaste werden diese als russisches Territorium gelten und Russland kann zur Not auch Wehrpflichtige zu deren Verteidigung einsetzen. Dass ein Angriff auf russisches Territorium den Einsatz von Kernwaffen auslösen könnte, ist in Brüssel sicherlich bekannt, ohne dass Russlands Präsident Wladimir Putin daran hätte erinnern müssen. Behauptungen aus NATO-Kreisen, Russland werde vor einem Kernwaffeneinsatz zurückschrecken, sind rein spekulativ und letzten Endes unverantwortlich. Der Westen unterschätzt möglicherweise immer noch die Entschlossenheit Russlands.

Ukrainische Truppen, die danach noch auf dem Gebiet der vier Oblaste stehen, werden als Besatzer betrachtet werden. Russland wird der Ukraine ein paar wenige Tage Zeit geben, um ihre Truppen von den neuen russischen Gebieten abzuziehen, was Kiew natürlich empört zurückweisen wird. Eine solche Forderung wird Russland aber kaum stellen, ohne dass es Gegenmaßnahmen ergreifen kann. Wladimir Putin zeigte sich schon in der Vergangenheit als fähig, seinen Worten Taten folgen zu lassen und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass er diesmal eine Ausnahme machen wird.



Karte: Oblast-Grenzen und Frontverlauf am 25.09.2022 (nach *mash.ru*, Ergänzungen: Verfasser)

Wenn im November russische Reservisten und Wehrpflichtige aus den neuen Oblasten die Abwehr weiterer ukrainischer Angriffe übernehmen, kann Russland die seit Februar im Einsatz stehenden Truppen abziehen. Sie können dann ihre ganze Erfahrung an neu mobilisierte Reservisten weitergeben. Nach personeller Auffrischung stehen diese erfahrenen Truppen zu Beginn des kommenden Jahres allenfalls für einen erneuten Angriff zur Verfügung, am ehesten auf Kharkov/Kharkiv und Chernigov/Chernihiv, oder auch auf Odessa.

Jene Gebiete, die nicht unter russische Kontrolle gebracht werden können, möchte Russland sicherlich langfristig als Aufmarschbasis für die NATO ausschalten. Das wird Russland durch die Zerstörung sämtlicher, militärisch irgendwie nutzbarer Infrastruktur zu erreichen suchen. Dazu gehören sicherlich das Eisenbahn- und Straßennetz, aber auch der Objekte zur Versorgung mit essentiellen Gütern, wie Kraftwerke und Verteilnetze für elektrischen Strom. Von der Ukraine wird langfristig wohl nicht mehr übrigbleiben als ein verarmtes und wirtschaftlich kaum zu entwickelndes, schwaches Rumpfgebiet. Ob der stark überschuldete Westen gleichzeitig den Krieg in der Ukraine finanzieren, die Politik der offenen Arme gegenüber ukrainischen Flüchtlingen aufrechterhalten, die Folgen seiner Sanktionspolitik tragen und seine eigene Aufrüstung bezahlen kann, wird sich weisen.

So etwa könnten die russischen Pläne für die nächsten Monate aussehen. Russland ist nicht unter Zeitdruck und wird jetzt Personalverluste zu vermeiden suchen, denn die erfahrenen Truppen werden bald schon wieder gebraucht werden. Der Gewinn von ein paar Dörfern würde hohe Risiken nicht rechtfertigen, schon gar nicht solcher in der Oblast Kharkiv. Forderungen nach Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen sind zum aktuellen Zeitpunkt illusorisch. Derzeit zeigen beide Kriegsparteien wenig Interesse an solchen.

Bestimmt hat Russlands Präsident Wladimir Putin seine nächsten Schritte in Sachen Ukraine mit seinen Partnern in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) angesprochen, und auch der Iran ist im Boot. Egal, wie der Kriegsverlauf in der Ukraine in den nächsten Wochen und Monaten ausschaut: Der Aufstand der *Underdogs* der Weltpolitik geht weiter. Diesen anzuführen, war wohl eine der Hauptzielsetzungen Russlands.